

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 32 (1940)
Heft: 6

Rubrik: Arbeitsrecht

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Arbeitsrecht.

Haftung des Geschäftsherrn für den Schaden, den sein Personal in Ausübung seiner dienstlichen Verrichtungen verursacht hat. Nach Art. 55 des Obligationenrechts haftet der Geschäftsherr für den Schaden, « den seine Angestellten oder Arbeiter in Ausübung ihrer dienstlichen oder geschäftlichen Verrichtungen verursacht haben, wenn er nicht nachweist, dass er alle nach den Umständen gebotene Sorgfalt angewendet habe, um einen Schaden dieser Art zu verhüten oder dass der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt eingetreten wäre ».

Nun hatte ein Gastwirt einen noch nicht 16jährigen, soeben der Schule entlassenen Knaben als Hausburschen und Portier angestellt. Dieser verursachte durch unvorsichtiges Fahren auf dem Velo bei Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit einen Unfall. Das Obergericht des Kantons Bern hat am 9. Juni 1938 die Haftbarkeit des Dienstherrn für diesen Unfall bejaht. Der Dienstherr hätte die Pflicht gehabt, den jungen Angestellten über die mit seinen dienstlichen Verrichtungen verbundenen Gefahren zu belehren, um so mehr als es sich um Fahrten auf Bergstrassen handelte. Der Arbeitgeber hätte sich ferner zuerst überzeugen sollen, dass der jugendliche Angestellte mit den grundlegenden Verkehrsregeln vertraut war. Dadurch, dass der Dienstherr es an jeder Instruktion des Hausburschen fehlen liess, hat er nicht die gebotene Sorgfalt zur Verhütung eines Schadens angewendet und ist deshalb für den eingetretenen Unfall haftbar.

Nichtigkeit des Konkurrenzverbotes bei Unmündigkeit. Ein noch nicht volljähriger Arbeitnehmer hatte ein Konkurrenzverbot unterzeichnet. Nun ist aber ein solches Verbot gemäss Art. 356, Abs. 3, des O. R. nichtig, wenn der Dienstpflichtige zur Zeit des Abschlusses der Vereinbarung unmündig war. Nach Art. 358 O. R. bedarf das Konkurrenzverbot zu seiner Gültigkeit ausserdem der schriftlichen Vereinbarung. Deshalb kommt als Zeitpunkt des Abschlusses einzig der Augenblick der Unterzeichnung der Urkunde durch den Arbeitnehmer in Betracht. Eine nachträgliche Genehmigung des Verbotes durch Stillschweigen nach erreichter Volljährigkeit hebt die Ungültigkeit nicht auf, weil die schriftliche Form nach erlangter Mündigkeit erfüllt worden sein muss. Das Konkurrenzverbot ist deshalb nichtig, obwohl der Arbeitnehmer inzwischen volljährig geworden ist.

Buchbesprechungen.

Dr. Hans Rudolf Siegrist. Die selbständige Rechtsverordnungskompetenz der Kantonsregierungen. Verlag Oprecht, Zürich.

Diese Zürcher Dissertation untersucht, wie weit die schweizerischen Kantone den kantonalen Regierungen eine selbständige Rechtsverordnungskompetenz erteilt haben. Da alle kantonalen Verfassungen vom Prinzip der Gewaltentrennung ausgehen, so hat die Exekutive in der Regel keine Kompetenz zur Rechtssetzung. Es ist ihr eine solche nur ausnahmsweise übertragen. Dagegen kommt die Uebertragung der Rechtssetzungsbefugnis seitens der Legislative an die Regierung häufig vor, wie aus der stark zunehmenden Zahl der Verordnungen hervorgeht. Auch darin erblickt der Verfasser eine Gefahr zu einer autoritären Entwicklung.